



Österreichischer Gewerkschaftsbund
GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST
Gewerkschaft Berufsschule
1010 Wien, Schenkenstraße 4/5. Stock, Tel. 53 454/436 DW,
452 Fax

Wien, 11.12.2013

Offener Brief an Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Dr. Michael Spindelegger:

Am 10. Dezember 2013, bei den Gehaltsverhandlungen für das Jahr 2014 für die öffentlich Bediensteten, waren die Vertreter der Bundesregierung nicht in der Lage ein angemessenes Angebot zu legen: 1% Gehaltserhöhung und eine Einmalzahlung (nicht staffelwirksam)!!

In den Medien wurde berichtet (Kurier 10.12.2013):

„Jedes Prozent an Gehaltsplus für die 460.000 Beamten kostet den Staat 120 Millionen Euro, Geld, das derzeit nicht da ist. BM Heinisch-Hosek beteuert daher auch, längst an die budgetären Grenzen gegangen zu sein. Einziges Zugeständnis: Das angedachte Aussetzen eines Biennal-Sprunges wurde wieder fallen gelassen. Das hätte 470 Millionen Euro fürs Budget gebracht.“

Am gleichen Tag war folgender Text im ORF Teletext zu lesen:

„Hypo vor weiterer Finanzspritze: Die notverstaatlichte Hypo Alpe-Adria soll eine weitere Finanzspritze über 800 Millionen Euro erhalten. Am Freitag soll der Schritt bei einer Hauptversammlung beschlossen werden, teilte die Bank gestern Abend mit. Mit diesem neuen Zuschuss würde die Kärntner Bank dieses Jahr insgesamt 1,75 Milliarden Euro vom Staat erhalten. Zuletzt wurden im November 250 Mio Euro freigegeben.“

Wo bleibt hier die Relation, wenn in eine Bank 1,75 Milliarden Euro investiert werden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die zum Wohle der Republik Österreich arbeiten, keine angemessene Gehaltserhöhung zugestanden wird? Die Behauptung der Vertreter der Bundesregierung, es gäbe eine Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst, entspricht nicht der Tatsache.

Das Angebot der Regierung zeigt die Geringschätzung des Dienstgebers für die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst. Im internationalen Vergleich einer OECD-Studie erhielten die öffentlichen Dienste in Österreich Bestnoten.

Diese Vorgangsweise, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst billig abspeisen zu wollen und zu sagen, dass das Geld derzeit nicht da ist, aber gleichzeitig für eine Bank 1,75 Milliarden Euro als Finanzspritze bereitzustellen, empfindet die Gewerkschaft Berufsschule als Hohn.

Mit freundlichen Grüßen
Mitglieder der Bundesleitung
Gewerkschaft Berufsschule